

Niederschrift

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (öffentlich)

Sitzungstermin: Freitag, 23.06.2023
Sitzungsbeginn: 16:35 Uhr
Sitzungsende: 22:14 Uhr
Ort, Raum: Sitzungssaal Barfüßerstr. 50, 35037 Marburg

Anwesend

Vorsitz

Marco Nezi - B90/Die Grünen	
-----------------------------	--

reguläre Mitglieder

Hermann Heck - CDU	
Thorsten Büchner - SPD	
Miguel Angel Sánchez Arvelo - Marburger Linke	
Maik Schöniger - Klimaliste Marburg	
Dirk Bamberger - CDU	bis TOP 10
Jelena Noe - CDU	
Walter Jugel - CDU	
Phillip Knaack - CDU	
Lars Küllmer - CDU	
Roger Pfalz - CDU	
Heiko Schäfer - CDU	
Karin Schaffner - CDU	
Jens Seipp - CDU	
Birgit von Barga - CDU	
Lisa Deißler - FDP	
Michael Selinka - FDP	
Lena Frewer - B90/Die Grünen	

Sarah Kastner - B90/Die Grünen	
Dr. Payam Katebini - B90/Die Grünen	
Marion Messik - B90/Die Grünen	
Dr. Christa Perabo - B90/Die Grünen	
Lukas Ramsaier - B90/Die Grünen	
Katharina Rink - B90/Die Grünen	
Martina Rupp - B90/Die Grünen	
Christian Schmidt - B90/Die Grünen	
Madelaine Stahl - B90/Die Grünen	
Uwe Volz - B90/Die Grünen	
Maximilian Walz - B90/Die Grünen	
Liban Abdirahman Farah - SPD	
Felix Burghardt - SPD	
Asmah El-Shabassy - SPD	
Myriam Hövel - SPD	
Schaker Hussein - SPD	
Alexandra Klusmann - SPD	
Erika Lotz-Halilovic - SPD	
Dr. Mohammad Malmanesh - SPD	
Steffen Rink - SPD	
Matthias Simon - SPD	
Gerald Weidemann - SPD	
Renate Bastian - Marburger Linke	bis TOP 10
Tanja Bauder-Wöhr - Marburger Linke	
Roland Böhm - Marburger Linke	
Anja Kerstin Meier-Lercher - Marburger Linke	
Jan Schalauske - Marburger Linke	ab TOP 19.1
Mariele Sofi Diehl - Klimaliste Marburg	
Salomon Lips - Klimaliste Marburg	
Jana Ullrich - Klimaliste Marburg	
Matthias Pozzi - AfD	
Dr. Michael Weber - Piratenpartei	
Dietmar Göttling -	

Magistratsmitglieder

Dr. Thomas Spies - SPD	
Kirsten Dinnebier - SPD	
Dr. Michael Kopatz -	
Hans-Werner Seitz - B90/Die Grünen	
Roland Stürmer - B90/Die Grünen	

Christoph Ditschler - FDP	
Anne Oppermann - CDU	
Marina Siffermann-Gorr - CDU	
Ulrich Severin - SPD	
Marianne Wölk - SPD	

Protokollführung

Lothar Sprenger – Fachdienst kommunale Gremien	
--	--

Abwesend

Vorsitz

Dr. Elke Neuwohner - B90/Die Grünen	entschuldigt
-------------------------------------	--------------

reguläre Mitglieder

Winfried Kissel - CDU	entschuldigt
Jan von Ploetz - CDU	entschuldigt
Roland Frese - BfM	entschuldigt
Andrea Suntheim-Pichler - BfM	entschuldigt
Fatma Aydin - SPD	entschuldigt
Anna Maria Zels - SPD	entschuldigt
Inge Sturm - Marburger Linke	entschuldigt

Magistratsmitglieder

Nadine Bernshausen - B90/Die Grünen	entschuldigt
Alev Lassmann - B90/Die Grünen	entschuldigt
Prof. Dr. Lars Opgenoorth - Klimaliste Marburg	entschuldigt
Henning Köster-Sollwedel - Marburger Linke	entschuldigt
Sevim Yüzgülen - SPD	entschuldigt

Protokoll

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Marco Nezi eröffnet die die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden, insbesondere die Vertreter*innen des Kinder- und Jugendparlaments, die Teilnehmer*innen eines Kurses für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst für das Fach Politik und Wirtschaft sowie die zahlreichen Gäste. Er entschuldigt Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Elke Neuwohner, die heute verhindert ist. Er weist die Stadtverordneten darauf hin, dass heute erstmals die zum 01.06.2023 in Kraft getretene neu Geschäftsordnung gilt und informiert die zahlreichen Besucher*innen, dass Plakate, Transparente etc. im Sitzungssaal nicht gestattet sind, ebenso wenig Bekundungen jeglicher Art, z.B. in Form von Klatschen, Zwischen- oder Buhrufen etc.

Es folgt zunächst die Feststellung der form- und fristgerechte Ladung zu der heutigen Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung. Einwände dagegen werden nicht erhoben.

Im Anschluss richtet der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Nezi, wie gestern im Ältestenrat vereinbart, einige Worte zu dem gemeinsamen Dringlichkeitsantrag aller Fraktionen und fraktionslosen Stadtverordneten betr. „Solidarität mit den Rettungskräften – keine Gewalt“ an die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und die anwesenden Gäste. Protokollierung siehe unter Tagesordnungspunkt (TOP) 18.1.

Im Weiteren trägt Herr Nezi die Tagesordnung für die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vor unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Vorberatungen in den Ausschüssen sowie der im Ältestenrat getroffenen Absprachen.

Es liegen zwei Dringlichkeitsanträge vor, die nach Einvernehmen im Ältestenrat auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung genommen werden (TOP 18.1 und 18.2). Gegen die vorgetragene Tagesordnung wird kein Widerspruch erhoben.

Anmerkungen:

In der Sitzung des Ältestenrates am 22.06.2023 wurde vereinbart, die Tagesordnungspunkte 19.1 und 19.2 wegen Anwesenheit der Vertreter*innen des Kinder- und Jugendparlaments in der Tagesordnung vorzuziehen und unmittelbar nach dem Bericht des Kinder- und Jugendparlaments (TOP 4) zu behandeln. Weiterhin ist zu den Tagesordnungspunkten 10, 13, 14, 15, 18.2 und 20.8 Aussprache bzw. Aussprache in Form eines Setzpunktes angemeldet, die ebenfalls in der Tagesordnung vorgezogen und unmittelbar nach TOP 19.2 aufgerufen werden. Die

Reihenfolge der Nummerierung der Tagesordnungspunkte in der Niederschrift bleibt davon unberührt.

Nach TOP 10 wird die Sitzung von 19:14 Uhr bis 19:21 Uhr für eine Kurzpause unterbrochen. Mit Aufruf des Tagesordnungspunktes 13 um 19:21 Uhr hat der stellv. Stadtverordnetenvorsteher Büchner die Sitzungsleitung übernommen.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.05.2023

Die Niederschrift ist allen Mitgliedern mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungen werden nicht gewünscht. Sie gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

zu 3 Fragestunde

Die zur Fragestunde eingereichten kleinen Anfragen Nr. 1 bis 3, 5 und 6 sowie 8 bis 16 werden durch die zuständigen Dezernenten (für die Bürgermeisterin antwortet der Oberbürgermeister) wie folgt beantwortet:

Kleine Anfrage Nr. 01

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Juni 2023

Fragesteller*in:	Lena Frewer
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Kann der Magistrat veranlassen, den Bodenbelag des Hirsefeldstegs zum Beispiel auf einer Hälfte des Weges derart anzupassen, damit insbesondere Menschen mit Kinderwagen und Rollatoren diesen „ruckelfrei“ passieren können?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 66 - Tiefbau
Dezernent/Dezernentin:	Stadtrat Dr. Michael Kopatz

Stellungnahme/Antwort:

Der Hirsefeldsteg ist mit Bohlen versehen, die Anti-Rutsch-Streifen beinhalten. Diese Streifen gewähren bei jeder Witterung einen sicheren Auftritt.

Einen Teppich oder Ähnliches halbseitig anzubringen ist aus folgenden Gründen kontraproduktiv:

1. Schnelleres verfaulen der Holzbohlen.
2. Faltenbildung der Teppiche wegen unebener Oberfläche.
3. Mehr Rollwiderstand durch aufbringen eines Teppichs auf unebener Fläche.

Dr. Michael Kopatz

Stadtrat

Kleine Anfrage Nr. 02

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Juni 2023

Fragesteller*in:	Dietmar Göttling
Fraktion / Partei:	ohne

Ist dem Magistrat bekannt, dass der Berliner Senat und die Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG) das Projekt Oberleitungsbus Anfang diesen Jahres in aller Stille beerdigt haben und kennt der Magistrat die Gründe hierfür?

Stellungnahme/Antwort durch:	Stabsstelle 15 - Stadt- und Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und Statistik
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Dem Magistrat ist bekannt, dass die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) AöR und der Berliner Senat seit Oktober letzten Jahres die Pläne für die Einführung von Hybrid-Oberleitungsbussen nicht mehr weiterverfolgen wollen. Im Januar des Jahres wurde diese Entscheidung auf Nachfrage der Berliner Zeitung (BZ) auch öffentlich gemacht.

Das gemeinsame Ziel des Berliner Senats und der BVG war ein zeitnaher Ausbau des öffentlichen Verkehrs in Spandau aufgrund des hohen Fahrgastaufkommens. Eine vom Bundesverkehrsministerium finanzierte Machbarkeitsstudie empfahl zur Realisierung dieses Ziels noch im

Jahr 2020 die Einführung von Hybrid-Oberleitungsbussen zur Erschließung des Stadtteils.

Die BVG hat sich in 2022 dann entschieden einen anderen Weg zur Erhöhung der Beförderungskapazität der Busflotte zu gehen.

Die Gründe für diese Entscheidung sind spezieller Berliner Natur, z.B. Respekt vor einem aufwendigen Genehmigungs- und Planungsverfahren für die Oberleitungsinfrastruktur, einfachere Topographie und damit geringerer Energiebedarf für die Bedienung des Stadtteils Spandau mit Elektrobussen sowie die erhoffte schnellere Umsetzung der Elektrifizierung des Fuhrparks mittels einer Gelegenheitsladeinfrastruktur.

So will die BVG ab 2025 mit den Großbeschaffungen von Batterie-Elektrobussen anfangen, die mit Hilfe von Gelegenheitsladestationen auf der Linie versorgt werden sollen. Die Realisierung dieser Ladetechnologie bedarf jedoch auch einer baurechtlichen Genehmigung, deren Planung ebenfalls viele Ressourcen bindet. Insofern ist nicht absehbar, wann eine vollständige Umsetzung der Elektrifizierung der BVG-Busflotte erreicht werden kann.

Der in Marburg eingeschlagene Weg hat einen erheblichen zeitlichen Vorsprung gegenüber den Berliner Planungen zur Elektrifizierung der Busflotte. Die Stadtwerke Marburg GmbH haben in 2021 mit der Beschaffung von E-Bussen begonnen und führen die sukzessive vollständige Ablösung der verbrennungsmotorisch betriebenen Stadtbusse konsequent weiter. Die Stadt Marburg könnte bereits Ende 2024 mit einem positiven Bescheid zum beabsichtigten Planfeststellungsverfahren BOB Marburg rechnen, so dass die Realisierung der Elektrifizierung des Stadtbusverkehrs (inkl. reiner Batteriebusse) bis zum Jahr 2030 möglich ist.

Um das Klimaschutzziel der Universitätsstadt Marburg auch im Stadtbusverkehr zu erreichen, hält der Magistrat den mit den Stadtwerken Marburg GmbH eingeschlagenen Weg für weiterhin folgerichtig.

Dr. Thomas Spies

Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 03

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Juni 2023

Fragesteller*in:	Dietmar Göttling
Fraktion / Partei:	ohne

Falls der Magistrat die Gründe für das Beenden des Oberleitungsprojekts in Berlin kennt, reichen diese Gründe aus, um auch das BOB Projekt in Marburg nicht weiter zu verfolgen?

Stellungnahme/Antwort durch:	Stabsstelle 15 - Stadt- und Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und Statistik
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Wir verweisen bei der Antwort auch auf unsere Stellungnahme zur Kleinen Anfrage Nr. 02.

Da die Situation in Berlin und Marburg in keiner Weise vergleichbar ist, haben die Gründe zur Beendigung des Berliner-BOB-Projekts keine Auswirkung auf das hiesige Projekt.

1. Die Be- und Entladung von Batterien ist mit hohen Energieverlusten verbunden. Dort, wo in hoher Frequenz immer die gleiche Strecke gefahren wird, stellt der Betrieb mit Oberleitung die mit großem Abstand sparsamste Energieversorgung dar. Das gilt besonders dort, wo erhebliche Steigungen zu bewältigen sind. Während Berlin weitgehend flach ist, besteht die Marburger Herausforderung insbesondere in der anspruchsvollen Topographie. Da die Energiewende ohne erhebliche Energieeinsparungen auf keinen Fall gelingen kann, spielt die sparsamste Nutzung von regenerativer Energie eine zentrale Rolle.
2. Berlin besitzt ein umfangreiches und differenziertes ÖPNV System, mit U-Bahn, S-Bahn, Straßenbahnen und auch Bussen. Die Stadt Marburg besitzt keine S- und U-Bahnen. Eine Straßenbahn als energetisch besonders geeignetes Instrument wurde in einer Machbarkeitsstudie aufgrund der fehlenden positiven Kosten-Nutzen-Betrachtung, und damit einer fehlenden Förderfähigkeit verworfen. Dagegen sprach sich eine Machbarkeitsstudie für eine Batterie-Oberleitungsbus-Lösung aus, die die Vorteile einer sparsamen Energieversorgung mit einer Oberleitung mit einer platzsparenden Nutzung des vorhandenen Straßenraums, optimal kombiniert, da der platzaufwändige Bau von Gleisanlagen im Straßenraum nicht erforderlich ist.
3. Die Universitätsstadt Marburg ist im Planfeststellungsverfahren etwa 4-5 Jahre vor dem BOB-Projekt in Berlin. Die Stadtverordnetenversammlung hat 2018 und 2021 einstimmig beschlossen, das Planfeststellungsverfahren durchzuführen. Dieses wird vom Bund zu 100 % mit rund 1,6 Mio. € finanziert. Derzeit findet die Anhörung der Träger öffentlicher Belange sowie die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung statt. Der Zeitplan sieht vor, der

Stadtverordnetenversammlung den Planfeststellungsantrag in der Septembersitzung zur Beschlussfassung vorzulegen und im Oktober beim Regierungspräsidium in Gießen einzureichen. Eine endgültige Entscheidung für oder gegen die Realisierung des BOB-Projekts erfolgt erst NACH der Plangenehmigung durch das RP.

Zur Erläuterung sei angemerkt, dass ein so großes Projekt in vier Phasen verläuft.

- Machbarkeitsstudie: ist das Projekt grundsätzlich möglich?
- Planfeststellungsverfahren: wie kann und darf das Projekt konkret umgesetzt werden?
- Detailplanung der baulichen Umsetzung
- Umsetzung des Projektes

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 05

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Juni 2023

Fragesteller*in:	Dr. Michael Weber
Fraktion / Partei:	Piratenpartei

Ist bei der Ursachenforschung zum statistisch erhöhten Krebsvorkommen im Stadtteil Michelbach auch eine Untersuchung der relevanten Gebäudebaumaterialien vorgenommen worden?

Stellungnahme/Antwort durch:	7.1 Koordingierungsstelle Gesunde Stadt
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Bei der Ursachenforschung zum statistisch erhöhten Krebsvorkommen in Michelbach wurden verschiedene Maßnahmen zur Abklärung ergriffen. Darunter waren statistische Auswertungen durch das Hessische Krebsregister/ Deutsches Kinder-Krebsregister, Einholung und Auswertun-

gen von Befunden zu Trinkwasser, Boden, Luft/ Immissionen und Strahlung, zusätzliche Untersuchungen des Trinkwassers auf chemische Stoffe, Boden-/Bodenluft-Beprobungen von Nutzflächen in zwei Gärten sowie eine standardisierte Befragung im Umfeld der betroffenen Personen. Da nur zwei Betroffene den Fragebogen zurückgeschickt haben, blieben die Ergebnisse allerdings ohne Erkenntnisse. Dies gilt auch bezüglich übereinstimmender Angaben zur Wohnsituation beider betroffener Personen, die auf eine übliche Nutzung des Wohnraums bzw. die Verwendung haushaltsüblicher chemischer Stoffe abstellen und daher nicht als auffällig zu bewerten waren. Für zusätzliche Untersuchungen der Gebäudebaumaterialien gab es laut dem Gesundheitsamt keinen fachlichen Grund. Weitere Informationen sind dort zu erfragen, bzw. sind im Abschlussbericht zu den Untersuchungen dargelegt, der sich auf der Webseite des Landkreises befindet.

Kirsten Dinnebier

Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 06

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Juni 2023

Fragesteller*in:	Anja Kerstin Meier-Lercher
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Steht der Magistrat im Austausch mit der unteren Wasserschutzbehörde des Landkreises und dem Regierungspräsidium Gießen und hat Kenntnis wie viele Landwirtschafts-, Forst und Gewerbebetriebe in Marburg in den letzten 5 Jahren anzeige- und genehmigungspflichtige Entnahmen von Grundwasser vorgenommen haben und zu welchen Konditionen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 63 - Bauaufsicht
Dezernent/Dezernentin:	Stadtrat Dr. Michael Kopatz

Stellungnahme/Antwort:

Nein, der Magistrat steht zu der Frage nicht im Austausch mit der Unteren Wasserbehörde.

Die Genehmigung von Grundwasserentnahmen liegt auch nicht im Zuständigkeitsbereich des Magistrats. Gemäß Website des RP Darmstadt benötigen gewerbliche Betriebe, Landwirtschaft und Forstwirtschaft bis zu einer Menge von 3.600 m³ (in der Summe) pro Jahr keine wasserrechtliche Genehmigung. Hier reicht eine Anzeige bei der Unteren Wasserbehörde aus.

Bei größeren Entnahmen ist die Genehmigung beim zuständigen Regierungspräsidium (Obere Wasserbehörde) zu beantragen.

Da ansonsten für die Wasserversorgung im Stadtgebiet der Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke oder die Stadtwerke Marburg zuständig sind, hat der Magistrat auch keinen Überblick zu diesen Grundwasserentnahmen.

Michael Kopatz

Stadtrat

Kleine Anfrage Nr. 08

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Juni 2023

Fragesteller*in:	Matthias Simon
Fraktion / Partei:	SPD

Wie viele Angriffe durch gefährliche und durch die übrigen Hunde wurden in Marburg in den Jahren 2020, 2021, 2022 und 2023 registriert?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 32 - Gefahrenabwehr und Gewerbe
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Beim FD Gefahrenabwehr und Gewerbe sind folgende Fälle registriert:

	Insgesamt	Listenhund	Hund
2020	2	1	1

2021	8	1	7
2022	4	-	4
2023	bisher 3	-	3

Listenhunde sind Hunde, die nach der Gefahrenabwehrverordnung über das Halten und Führen von Hunden in Hessen aufgrund ihrer Rassezugehörigkeit als gefährlich gelten.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 09

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Juni 2023

Fragesteller*in:	Matthias Simon
Fraktion / Partei:	SPD

Wie viele gefährliche und wie viele weitere Hunde sind in Marburg gemeldet?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 20 - Finanzservice
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Zur Hundesteuer werden 3.132 Hunde veranlagt, davon sind 70 als gefährliche Hunde eingestuft.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 10

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Juni 2023

Fragesteller*in:	Tanja Bauder-Wöhr
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Wird der Magistrat der Stadt Marburg - vor dem Hintergrund der Fahrpreiserhöhungen im RMV und der Einführung des Deutschlandtickets für 49 Euro bzw. des Hessenpasses für 31 Euro - an seinen Sondertarifen: ermäßigte Stadtpreisstufe/ Stadtpass Marburg festhalten bzw. gedenkt er diese anzupassen oder abzuschaffen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 50 - Soziale Leistungen
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Im Rahmen der ohnehin in Arbeit befindlichen Überarbeitung der Stadtpassrichtlinien ist u. a. beabsichtigt, sowohl die Stadtpreisstufe als auch den Hessenpass mobil, der, wie von den Kommunen gefordert, im Deutschland-Ticket aufgeht, über den Marburger Stadtpass zu fördern bzw. zu ermäßigen.

Kirsten Dinnebier

Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 11

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Juni 2023

Fragesteller*in:	Tanja Bauder-Wöhr
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Welche Maßnahmen ergreift der Magistrat das 31 Euro-Ticket (Hessenpass) zu bewerben und

auch allen Anspruchsberechtigten ohne Konto dennoch Möglichkeiten eines Dauer-Abo den Erwerb des Hessenpasses zu ermöglichen?

Stellungnahme/Antwort durch:	Stadtwerke Marburg
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeisterin Nadine Bernshausen

Stellungnahme/Antwort:

Seit dem 1. Mai 2023 gibt es das Deutschland-Ticket. Es gilt im ÖPNV in ganz Deutschland und kostet 49 Euro im Monat. Das Ticket ist schon jetzt günstig. Trotzdem sind 49 Euro im Monat für einige Menschen viel Geld.

Deshalb bietet die Landesregierung nun ein vergünstigtes Abo des Deutschland-Tickets für 31 Euro pro Monat für alle, die in Hessen wohnen und bestimmte Sozialleistungen beziehen. Die Differenz zum normalen Ticketpreis bezahlt das Land Hessen. Um das Ticket günstiger kaufen zu können, muss der Verkaufsstelle ein Berechtigungsnachweis vorgelegt werden. Dieser heißt „Hessenpass mobil“ und ist ein ganzes Jahr lang gültig.

Den Hessenpass mobil erhalten alle, die in Hessen wohnen und

- Bürgergeld bekommen,
- Wohngeld bekommen,
- Sozialhilfe bekommen,
- Asylbewerberinnen/Asylbewerber
-

sind.

Dies bedeutet konkret: Leistungsberechtigte nach § 7 Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II), Wohngeldberechtigte nach § 3 Abs. 1, 2, 4 und 5 Wohngeldgesetz (WoGG), Leistungsberechtigte nach § 19 Abs. 1 und 2 Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII), die laufende Leistungen nach dem 3. oder 4. Kapitel SGB XII erhalten, sowie Leistungsberechtigte nach § 1 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG).

Allen Berechtigten wird der Hessenpass mobil automatisch vom örtlich zuständigen Amt zugeschickt. Beim Kauf des vergünstigten Deutschland-Tickets muss der Hessenpass mobil der Verkaufsstelle vorgelegt werden.

Um es nochmal kurz zusammenzufassen:

Der Hessenpass Mobil ist ein rabattiertes Deutschlandticket zum Preis von 31 Euro, für das die bundesweiten Tarifbedingungen des Deutschlandtickets gelten. Es handelt sich hierbei formal

praktisch lediglich um ein preislich vergünstigtes Deutschlandticket für den oben beschriebenen, klar definierten Berechtigtenkreis. Der Aufsichtsrat des RMV hat diesen Tarif formal erst in seiner Sitzung am 15.06.2023 beschlossen.

Der Tarif sieht vor, dass Deutschlandtickets ausschließlich als Abonnements erhältlich sind. Für den Vertragsabschluss ist zwingend die Angabe einer Bankverbindung erforderlich, da die Bezahlung üblicherweise nur im Abonnementverfahren mit monatlicher Abbuchung im Lastschriftverfahren erfolgen kann.

Die Bewerbung des neuen Hessenpass Mobil-Angebotes, das zum 01.08.2023 eingeführt wird, erfolgt im üblichen Rahmen über vom Rhein-Main-Verkehrsverbund vorbereitete und unterstützte Marketingmaßnahmen (Flyer, Plakate, etc.), die in gewohnter Weise für Tickets jeglicher Art auch in Marburg Anwendung finden. Die Stadtwerke Marburg verwenden die zugestellten Informationsmedien und informieren zusätzlich auf ihrer Homepage. Die Mobilitätszentrale der Stadtwerke Marburg bietet darüber hinaus persönliche Beratungsleistungen hierzu an. Ferner wollen wir das Ticket mit einem Schreiben an alle Haushalte, wie zuletzt bei der Information über die bundesgesetzlichen Änderungen beim Wohngeld, bewerben.

Nadine Bernshausen
Bürgermeisterin

Kleine Anfrage Nr. 12

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Juni 2023

Fragesteller*in:	Mariele Diehl
Fraktion / Partei:	Klimaliste Marburg

Woher hat die Jägerstraße in Marburg ihren Namen und seit wann heißt sie so?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 10 - Organisation
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Straßenbenennung „Jägerstraße“ wurde vermutlich in der Zeit der Einführung von Straßennamen in Marburg im Jahr 1883/84 vorgenommen. Die Jägerstraße wird im Adressbuch der Stadt Marburg von 1889 zum ersten Mal aufgeführt.

Der Name leitet sich von der Jäger-Kaserne ab, die bereits 1869 fertiggestellt und zur Nutzung übergeben wurde (vgl. Stadtschrift Bd. 101, Zur Geschichte der „Marburger Jäger“, S. 15-16). Die ehemalige Jägerkaserne diente der Stationierung der Jäger-Bataillone.

Im Aufsatz von Bernd-Ulrich Kettner „Straßennamen (am Beispiel der Stadt Marburg)“ wird darauf hingewiesen, dass die Marburger Jäger an Gefechten und Schlachten unter Kaiser Friedrich III. im Deutsch-Französischen Krieg (1870/71) beteiligt waren und zu seiner Armee gehörten.

Gemäß Kettners Aufsatz stand die Straßennamenlandschaft des Südviertels, soweit sie aus dieser Zeit stammt, zu Teilen für die politische Ideologie des Kaiserreichs. Sie stellte ein unübersehbares Bekenntnis der damaligen politischen Spitzen der Stadt Marburg zu Kaiser und Reich da.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 13

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Juni 2023

Fragesteller*in:	Mariele Diehl
Fraktion / Partei:	Klimaliste Marburg

Gab es schonmal Überlegungen die Jägerstraße umzubenennen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 10 - Organisation
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Universitätsstadt Marburg hat, nicht zuletzt auf Grundlage der in der Stadtschrift Band 101 aufgearbeiteten Geschichte der Marburger Jäger und ihrer Beteiligung an Kriegsverbrechen,

beispielsweise in Dinant (Belgien) oder in Namibia eine klare, historisch kritische Haltung.

Allerdings scheint es nicht zielführend Geschichte mit dem heutigen Abstand unsichtbar zu machen. So wurde beispielsweise am Jägerdenkmal im Ludwig-Schüler-Park mit einigem Aufwand eine kritische Kontextualisierung vorgenommen, die eine Auseinandersetzung mit der Geschichte befördert. Aus Sicht des Magistrats scheint an dieser Stelle ein ergänzendes Schild am Straßennamen der angemessene Umgang zu sein.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 14

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Juni 2023

Fragesteller*in:	Michael Selinka
Fraktion / Partei:	CDU/FDP/BfM

Trifft es zu, dass die mehrgeschossigen Wohnhäuser (jene mit Geschosswohnungsbau) im Bereich Kreuzacker und Höhenweg einst beim Bau entgegen den damaligen Baugenehmigungen um jeweils mindestens ein Vollgeschoss zu hoch errichtet wurden und dieser Umstand letztlich lediglich durch eine Strafzahlung des Bauträgers geahndet wurde?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 63 - Bauaufsicht
Dezernent/Dezernentin:	Stadtrat Dr. Michael Kopatz

Stellungnahme/Antwort:

Bei stichprobenartiger Durchsicht von Bauakten in dem angefragten Bereich konnten keine entsprechenden Verstöße festgestellt werden. Eine verbindliche abschließende Stellungnahme ist allerdings nicht möglich, da eine Prüfung ohne genaue Ortsangaben nicht durchgeführt werden kann.

Dr. Michael Kopatz

Stadtrat

Kleine Anfrage Nr. 15

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Juni 2023

Fragesteller*in:	Lisa Deißler
Fraktion / Partei:	CDU/FDP/BfM

Sind der Universitätsstadt Marburg Pläne bekannt, die Gästehäuser der Philipps Universität Marburg und des UKGM an den Lahnbergen zu renovieren, umzugestalten oder anderweitig zu nutzen und wenn ja, ist die Stadt selbst involviert?

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 6 - Planen und Bauen
Dezernent/Dezernentin:	Stadtrat Dr. Michael Kopatz

Stellungnahme/Antwort:

Bekannt ist lediglich der modernisierungsbedürftige Zustand der Gästehäuser im Bereich der Sonnenblickallee/Hansenhaus. Ob und wann die Philipps-Universität bzw. UKGM eine Sanierung anstrebt ist in der Stadtverwaltung hingegen nicht bekannt.

Das Gästehaus der Philipps-Universität im Alten Botanischen Garten ist unserer Kenntnis nach saniert und voll funktionsfähig.

Dr. Michael Kopatz

Stadtrat

Kleine Anfrage Nr. 16

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Juni 2023

Fragesteller*in:	Lisa Deißler
Fraktion / Partei:	CDU/FDP/BfM

Ist ein Mangel an Ärzt*innen, bzw. besonderen Facharztpraxen oder Allgemeinmediziner*innen in der Stadt Marburg bekannt, falls ja, bitte nach Fachrichtungen aufschlüsseln.

Stellungnahme/Antwort durch:	7.1 Koordingierungsstelle Gesunde Stadt
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Die Stadt erhebt keine Daten zur Ärzt*innenversorgung. Uns ist kein Mangel an Ärzt*innen in Marburg bekannt. Der Ärzt*innenmangel macht sich erfahrungsgemäß mehr im ländlichen Raum bemerkbar. Nähere Informationen sind beim Gesundheitsamt zu erhalten.

Kirsten Dinnebier

Stadträtin

Damit ist die Fragestunde für die heutige Sitzung beendet. Die kleinen Anfragen Nr. 4 und 7 werden schriftlich beantwortet. Die Antworten sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

zu 4 Bericht des Kinder- und Jugendparlaments

Der Vorsitzende Lasse Wenzel sowie die Vorstandsmitglieder des Kinder- und Jugendparlaments Magdalena Hescher, Antonin Bau und Qays El-Hamdan berichten über die Arbeit und die zahlreichen Aktivitäten des KiJuPa`s im abgelaufenen Jahr. Höhepunkt war dabei der Besuch der KiJuPa-Sitzung am 02.02.2023 durch Bundeskanzler Olaf Scholz am 02.02.2023. Sie danken den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats für die Unterstützung ihrer Arbeit, formulieren ihre Wünsche für die Zukunft und erhoffen sich auch weiterhin einen regen Austausch auf Augenhöhe und eine frühzeitige Beteiligung bei Themen, die Kinder und Jugendliche betreffen.

Der stellv. Stadtverordnetenvorsteher Nezi dankt dem KiJuPa für seine Arbeit und die wichtigen Anregungen und Impulse auch gegenüber der Stadtverordnetenversammlung und den anwesenden Vertreter*innen für ihren Bericht.

zu 5 Wahl von Schülerinnen und Schülern als Mitglieder der Schulkommission**VO/1286/2023**

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet die Ausschussvorsitzende, Stadtverordnete Meier-Lercher. Dem Ausschuss lagen die in der Vorlage aufgeführten Wahlvorschläge des Kinder- und Jugendparlaments vor. Weitere wurden nicht unterbreitet. Der Ausschuss empfiehlt die vom Kinder- und Jugendparlament vorgeschlagenen Personen in offener Abstimmung per Handzeichen zu wählen.

Die Stadtverordnetenversammlung übernimmt die Ausschussempfehlung. Weitere Wahlvorschläge werden nicht unterbreitet.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung wählt folgende Schüler*innen als sachkundige Einwohner*innen in die Schulkommission:

Mitglied:	Marie Kaiser
Stellv. Mitglieder:	Antonin Bau (Stellvertretung für Lasse Wenzel) Marc Riehl (Stellvertretung für Emilia Warmbrunn)

Abstimmungsergebnis:

Abgegebene Stimmen:	50
Ja-Stimmen:	50
Nein-Stimmen:	keine

zu 6 Aufstellung der Vorschlagsliste für die Schöff*innenwahl – Amtsperiode 2024-2028**VO/1317/2023**

Die Vorlage ist im Wahlvorbereitungsausschuss vorberaten worden. Es berichtet die Ausschussvorsitzende, Stadtverordnete Meier-Lercher.

Der Ausschuss empfiehlt, die unter lfd. Nr. 8, 65, 71, 75, 90, 112, 118, 124, 137, 173 und 210 der vorliegenden Vorschlagsliste für die Schöff*innenwahl 2023 aufgeführten Personen aufgrund der Bestimmungen des § 33 Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) zu streichen, da sie nicht

die für die Schöff*innenwahl erforderliche Voraussetzungen erfüllen. Der so geänderten Liste empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt der Ausschussempfehlung und beschließt:

Beschluss:

Die in der vorliegenden Vorschlagsliste für die Schöff*innenwahl 2023 unter den lfd. Nr. 8, 65, 71, 75, 90, 112, 118, 124, 137, 173 und 210 aufgeführten Personen werden aufgrund der Bestimmungen des § 33 GVG wegen Fehlen der Voraussetzungen aus der Vorschlagsliste gestrichen.

Die übrigen in der Liste aufgeführten Personen werden für die Wahl der Schöff*innen für die Amtsperiode 2024-2028 vorgeschlagen. Nach der öffentlichen Auslage der Liste wird diese den Marburger Justizbehörden übermittelt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: CDU/FDP/BfM, B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste
Marburg, Piratenpartei, StV. Götting
Nein-Stimmen: keine
Enthaltungen: AfD

**zu 7 Marburger Ortsrecht: I. Nachtrag zum Gebührenverzeichnis zur Bauaufsichtsgebührensatzung der Universitätsstadt Marburg
VO/1314/2023**

Für den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss berichtet der stellv. Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Schmidt. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Dem folgt die Stadtverordnetenversammlung und beschließt:

Beschluss:

Der vorliegende I. Nachtrag zum Gebührenverzeichnis zur Bauaufsichtsgebührensatzung der Universitätsstadt Marburg wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 8 Erarbeitung einer Smart City Strategie für die Universitätsstadt Marburg

VO/1311/2023

Die Vorlage ist im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss vorberaten worden, für den der stellv. Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Schmidt berichtet. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Beschluss:

Die Universitätsstadt Marburg begrüßt die Erarbeitung einer Smart City Strategie und unterstützt dafür einen zweistufigen Ansatz, der Strategieentwicklung und Projektumsetzung miteinander verzahnt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 9 Mitgliedschaft im Trägerverein „Schüler: innen Forschungszentrum

Mittelhessen e.V.“

VO/1316/2023

Für den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss berichtet der stellv. Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Schmidt. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, der Vorlage zuzustimmen.

Dem folgt die Stadtverordnetenversammlung und beschließt:

Beschluss:

Die Universitätsstadt Marburg wird Mitglied eines sich noch zu gründenden Trägervereins mit Namen: „Schüler:innen Forschungszentrum Mittelhessen e.V.“ (abgekürzt SFM).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 10 Entwicklungsmöglichkeiten des Pharmastandortes „Behringwerke“,
insbesondere „Görzhäuser Hof“**

VO/1319/2023

Mit Aufruf des Tagesordnungspunktes verlässt der Stadtverordnete Simon den Saal. Er nimmt nicht an der Beratung und Beschlussfassung über die Vorlage teil.

Für den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss berichtet der stellv. Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Schmidt. Im Ausschuss wurde getrennte Abstimmung der Absätze 1 bis 4 beantragt. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, den Absätzen 1 und 3 der Vorlage zuzustimmen. Den Absätzen 2 und 4 empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Zustimmung. Aussprache wurde durch die Fraktion Marburger Linke angemeldet.

Zu Absatz 4 der Vorlage liegt zudem ein Änderungsantrag des Stadtverordneten Göttling vor, der vor der Sitzung allen Stadtverordneten zugegangen ist.

An der folgenden Aussprache beteiligen sich mit Redebeiträgen Oberbürgermeister Dr. Spies sowie die Stadtverordneten Bastian, Volz, Göttling, Bauder-Wöhr, Farah, Seipp, Ullrich, Steffen Rink, Dr. Katebini und Pfalz. Im Rahmen seines Beitrages ergänzt Oberbürgermeister Dr. Spies Punkt 4 der Beschlussvorlage um folgenden Satz:

„Dabei soll vermieden werden, näher als Görzhausen III an die Wohnbebauung Michelbach heranzurücken.“

Für die Aussprache haben die Fraktionen und fraktionslosen Stadtverordneten wegen der Überschreitung der vorgesehenen Redezeit durch den Magistrat gem. § 4 Abs. 2 der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung einen Redezeitzuschlag von 5 Minuten erhalten.

Der Stadtverordnete Seipp stellt in seinem Redebeitrag den Geschäftsordnungsantrag, die Vorlage zu vertagen. Formal dagegen spricht der Stadtverordnete Rink.

Im Anschluss lässt der stellv. Stadtverordnetenvorsteher über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen mit folgendem Ergebnis:

Ja-Stimmen: CDU/FDP/BfM, Marburger Linke, AfD, Piratenpartei, StV. Göttling

Nein-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg

Enthaltungen: keine

Der Antrag auf Vertagung der Vorlage ist damit abgelehnt.

Der Sitzungsleiter ruft im Folgenden zunächst die Absätze 1 bis 3 sowie den Absatz 4 der Vorlage um die vom Oberbürgermeister vorgetragene Ergänzung zur Abstimmung auf. Anschließend erfolgt die Abstimmung über den Änderungsantrag des Stadtverordneten Göttling zu Absatz 4.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg erkennt die kommunale, regionale und überregionale Bedeutung des Pharmastandortes „Behringwerke“ in Marburg an und setzt sich auch in Zukunft für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Entwicklung des gesamten Pharmastandortes „Behringwerke“ ein.
2. Die Universitätsstadt Marburg begrüßt, dass sich mit der Reservierungsvereinbarung zwischen der Stadtentwicklungsgesellschaft SEG und dem Unternehmen BioNTech große Chancen für die Entwicklung des Pharmastandorts Marburg ergeben, auch wenn damit die kurzfristigen Erweiterungsmöglichkeiten eingeschränkt sind.
3. Der Magistrat wird beauftragt, alle Nachverdichtungspotentiale und zusätzlichen Entwicklungspotentiale in den bestehenden Gebieten (Görzhausen I bis II) zu prüfen und ggf. einer Nutzung zuzuführen. Darüber hinaus sollen - in Kooperation mit den Standortbetreiberunternehmen – bei Neuansiedlungen von Unternehmen auch Kooperationen mit Nachbarkommunen in interkommunalen Gewerbegebieten gesucht werden.
4. Der Magistrat wird beauftragt, die Möglichkeiten einer Flächenerweiterung des Pharmastandortes „Behringwerke“, im Bereich „Görzhäuser Hof“ - über „Görzhäuser Hof III“ hinaus - zu prüfen, dies mit dem Regierungspräsidium Gießen abzustimmen und in die Regionalplanung einzubringen. Dabei soll vermieden werden, näher als Görzhausen III an die Wohnbebauung Michelbach heranzurücken.

Der Änderungsantrag des Stadtverordneten Göttling zu Absatz 4 wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis zu Absatz 1:

Ja-Stimmen: CDU/FDP/BfM, B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste

Marburg, AfD, Piratenpartei
Nein-Stimmen: keine
Enthaltungen: StV. Göttling

Abstimmungsergebnis zu Absatz 2:

Ja-Stimmen: CDU/FDP/BfM, B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg, AfD,
Piratenpartei
Nein-Stimmen: StV. Göttling
Enthaltungen: Marburger Linke

Abstimmungsergebnis zu Absatz 3:

Ja-Stimmen: CDU/FDP/BfM, B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste
Marburg, AfD, Piratenpartei
Nein-Stimmen: keine
Enthaltungen: StV. Göttling

Abstimmungsergebnis zu Absatz 4 (ergänzte Fassung):

Ja-Stimmen: CDU/FDP/BfM, B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg, AfD,
Piratenpartei
Nein-Stimmen: Marburger Linke, StV. Göttling
Enthaltungen: keine

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag des Stadtverordneten Göttling:

Ja-Stimmen: StV. Göttling
Nein-Stimmen: CDU/FDP/BfM, B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste
Marburg, Piratenpartei
Enthaltungen: AfD

zu 11 Bezuschussung eines Sonderstandes für den Marburger Einzelhandel und für Nachhaltigkeitsinitiativen auf der MEMO life - Bauen, Wohnen und Leben 2024
VO/1320/2023

Die Vorlage ist im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss vorberaten worden. Es berichtet der stellv. Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Schmidt. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich, der Vorlage zuzustimmen.

Der stellv. Stadtverordnetenvorsteher Büchner stellt die Vorlage zur Abstimmung und die Stadt-

verordnetenversammlung beschließt:

Beschluss:

Die Universitätsstadt Marburg trägt die Kosten für die pilothafte Belegung einer größeren Standfläche auf der MEMO life – Bauen, Wohnen und Leben 2024. Die Standfläche wird für den Marburger Einzelhandel sowie für Kleinunternehmen und Initiativen aus dem Nachhaltigkeitskontext kostenlos zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: CDU/FDP/BfM, B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg, Piratenpartei
Nein-Stimmen: Marburger Linke, StV. Göttling
Enthaltungen: AfD

zu 12 Zuwendung an die Philipps-Universität Marburg für das Projekt „Von der Forschung zum Prototypen“

VO/1323/2023

Für den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss berichtet der stellv. Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Schmidt. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordneten beschließt nach Aufruf durch den Sitzungsleiter:

Beschluss:

Die Universitätsstadt Marburg unterstützt das in der Antragstellung (EFRE-Fördermittel) befindliche Projekt der Philipps-Universität Marburg mit dem Kurztitel „Von der Forschung zum Prototypen“ mit einer Zuwendung in Höhe von 675 T€ über die Jahre 2023-2028.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 13 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg

Aufstellungsbeschluss zur Änderung des Flächennutzungsplans Nr. 5/11 für das Gebiet "Hasenkopf" im Stadtteil Ockershausen / Stadtwald

Der Stadtverordnete Simon befindet sich während der Behandlung der Vorlage nicht im Saal, er nimmt nicht an der Beratung und Beschlussfassung teil.

Der TOP wird gemeinsam mit TOP 14 zur Beratung aufgerufen. Für den Bau- und Mobilitätsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Heck. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich, der Vorlage zuzustimmen. Aussprache ist durch die CDU/FDP/BfM-Fraktion beantragt.

An dieser beteiligen sich Stadtrat Dr. Kopatz sowie die Stadtverordneten Schmidt, Bauder-Wöhr, Göttling, Klusmann, Selinka, Lips und Deißler.

Nach Beendigung der Aussprache stellt der stellv. Stadtverordnetenvorsteher Büchner die Vorlage zur Abstimmung und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Beschluss:

Für den im vorliegenden Übersichtsplan umgrenzten Bereich „Hasenkopf“ im Stadtteil Ockershausen / Stadtwald wird die Änderung des Flächennutzungsplans Nr. 5/11 gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg, AfD,
Piratenaprtel
Nein-Stimmen: CDU/FDP/BfM, StV. Göttling
Enthaltungen: keine

zu 14 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg

**Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 5/16 für das Gebiet
"Hasenkopf" im Stadtteil Ockershausen / Stadtwald**

VO/1303/2023

Der Stadtverordnete Simon befindet sich während der Behandlung der Vorlage nicht im Saal, er nimmt nicht an der Beratung und Beschlussfassung teil.

Der TOP wird gemeinsam mit TOP 13 zur Beratung aufgerufen. Für den Bau- und Mobilitätsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Heck. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich, der Vorlage zuzustimmen. Protokollierung der Aussprache siehe TOP 13.

Nach Beendigung der Aussprache beschließt die Stadtverordnetenversammlung wie folgt:

Beschluss:

Für den im vorliegenden Übersichtsplan umgrenzten Bereich wird gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 5/16 für das Gebiet „Hasenkopf“ im Stadtteil Ockershausen / Stadtwald beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg, AfD, Piratenpartei
Nein-Stimmen: CDU/FDP/BfM, StV. Götting
Enthaltungen: keine

zu 15 Neustrukturierung der Aufgaben beim Dienstleistungsbetrieb der Stadt Marburg auf Basis der Organisationsuntersuchung

VO/1325/2023

Die Vorlage ist im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss vorberaten worden. Es berichtet der stellv. Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Schmidt. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen. Aussprache in Form eines Setzpunktes ist durch die Fraktion Marburger Linke angemeldet.

Nach Aufruf zur Aussprache sprechen der Stadtverordnete Schalauske und Stadträtin Dinnebier.

Im Anschluss beschließt die Stadtverordnetenversammlung wie folgt:

Beschluss:

Der von der Firma Schüllermann erstellte „Abschlussbericht zur Wirtschaftlichkeits- und Organisationsanalyse des Dienstleistungsbetriebs Marburg (DBM) im Hinblick auf Organisationsform und Organisationsstruktur sowie der Stellung im Gesamtkonzern der Stadt Marburg“ wird zur Kenntnis genommen. Auf Basis der im Bericht getroffenen Handlungsempfehlungen werden folgende Maßnahmen zur Umsetzung beschlossen:

1. Die Aufgabe der hoheitlichen Abfallentsorgung wird ab dem 01.01.2024 wieder von der Marburger Kommunalentsorgungs GmbH (MKG) an den Dienstleistungsbetrieb der Stadt Mar-

burg (DBM) übertragen und von diesem durchgeführt.

2. Die operativ Beschäftigten der MKG werden im Rahmen eines Personalüberleitungsvertrages an den DBM überführt, wobei für die 28 Beschäftigten, die vom Haustarifvertrag der MKG in den TVÖD wechseln, Bestandsschutz garantiert wird. Vorzeiten in den städtischen Gesellschaften sind dabei anzurechnen.
3. Der Fuhrpark und die Gerätschaften der MKG werden mit Wirkung zum 01.01.2024 auf die MEG übertragen, um die Vorteile eines Fahrzeugpools in der Entsorgung zu sichern.
4. Die Leitung und Steuerung des DBM wird ebenfalls mit Wirkung zum 01.01.2024 von der Stadtwerke Marburg GmbH (SWMR) über einen Betriebsführungsvertrag wahrgenommen, in dem die SWMR der Stadt die Dienstleistung gegen Entgelt zur Verfügung stellt.
5. Der Bereich der Grünflächen- und Friedhofspflege mit 95 Beschäftigten soll als Sparte einschließlich des Anlagevermögens aus dem DBM herausgelöst und als Abteilung in den städtischen Fachdienst 67 - Stadtgrün und Friedhöfe integriert werden. Der Übergang erfolgt inklusive der vier für die Sportflächen zuständigen Beschäftigten.
6. Der Betriebsführungsvertrag Stadtentwässerung wird bezüglich der Neuinvestitionen in das Kanalnetz geändert. Diese Investitionen sollen ab dem 01.01.2024 wieder vom Aufgabenträger DBM getragen werden. Das seit 2007 bei den SWMR bilanzierte Kanalvermögen verbleibt bei den SWMR, da aus steuerlichen Gründen von einem Vermögensübergang abgesehen ist.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 16 Jahresabschluss 2022 der Stiftung St. Jakob

VO/1329/2023

Für den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss berichtet der stellv. Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Schmidt. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, der Vorlage zuzustimmen.

Der stellv. Stadtverordnetenvorsteher Büchner stellt die Vorlage zur Abstimmung und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss der Stiftung St. Jakob für das Geschäftsjahr 2022 wird mit einer Bilanzsumme i.H.v. 4.638.084,05 EUR festgestellt. Der Jahresüberschuss i.H.v. 150.522,05 EUR wird in die Ergebnisrücklage eingestellt.
2. Der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2022 der Stiftung St. Jakob durch das Prüfungsamt der Universitätsstadt Marburg wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig:

**zu 17 Wirtschaftsplan 2023 der Marburger Altenhilfe St. Jakob gGmbH und
Marburger Service GmbH
VO/1248/2023**

Für den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss berichtet der stellv. Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Schmidt. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, auch dieser Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt der Ausschussempfehlung und beschließt:

Beschluss:

Den vorliegenden Wirtschaftsplänen 2023 der Marburger Altenhilfe St. Jakob gGmbH sowie der Marburger Service GmbH wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 18 Dringlichkeitsanträge

zu 18.1 Dringlicher Antrag der Fraktionen von SPD, B90/Die Grünen, Klimaliste Marburg, CDU/FDP/BfM und Marburger Linke, des Stadtverordneten Göttling und der Piratenpartei betr. Solidarität mit den Retungskräften - keine Gewalt

VO/1370/2023

Der stellv. Stadtverordnetenvorsteher Nezi richtet zu Beginn der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung einige Worte zu dem dringlichen Antrag an die Mitglieder des Hauses und die anwesenden Gäste. Er bekräftigt die Solidarität der Stadtverordnetenversammlung mit allen Beschäftigten und Einsatzkräften der im Rettungsdienst tätigen Organisationen und verurteilt jegliche Gewalt und den mangelnden Respekt gegenüber Einsatzkräften.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt dazu wie folgt:

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt mit Bestürzung zur Kenntnis, dass es vor wenigen Tagen in Marburg zu einem Angriff mehrerer alkoholisierte Personen auf Mitarbeiter*innen des Rettungsdienstes, die unterstützenden Polizeibeamten sowie gegen das Rettungsdienstfahrzeug kam.

Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt ihre Solidarität mit allen Beschäftigten und Einsatzkräften von Rettungsdiensten, Feuerwehr und Technischem Hilfswerk, die im Rahmen ihrer dienstlichen, hauptamtlichen oder ehrenamtlichen Tätigkeit Opfer von Belästigung oder Angriffen sind.

Der Magistrat wird beauftragt, zu prüfen, wie die erfolgreiche Kampagne für mehr Respekt neu aufgelegt oder ausgeweitet werden kann.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 18.2 Dringlichkeitsantrag der CDU/FDP/BfM-Fraktion betr. Durchführung
eines Vertreterbegehrens zum Konzept MoVe35**

VO/1371/2023

Der TOP wird gemeinsam mit TOP 20.8 aufgerufen. Protokollierung der Aussprache siehe TOP 20.8.

Die Stadtverordnetenversammlung schließt nach Aufruf durch den stellv. Stadtverordnetenvorsteher:

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: CDU/FDP/BfM, AfD

Nein-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg, Piratenpartei,
StV. Götting

Enthaltungen: keine

zu 19 Anträge des Kinder- und Jugendparlaments

**zu 19.1 Antrag des KiJuPa betr. Prüfung der Anbringung von Notrufknöpfen
an Bushaltestellen****VO/1324/2023**

Für den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss berichtet der stellv. Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Schmidt. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Dem folgt die Stadtverordnetenversammlung und beschließt:

Beschluss:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird gebeten, die Möglichkeit der Anbringung von Notrufknöpfen an Bushaltestellen zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 19.2 Prüfantrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Anbringung von
Rollläden am Hauptgebäude des Gymnasium Philippinum****VO/1330/2023**

Für den Bau- und Mobilitätsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Heck. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, dem Antrag zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Beschluss:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird gebeten, die Anbringung von Rollläden an der Straßenseite (Leopold-Lucas-Straße) des Hauptgebäudes am Gymnasium Philippinum zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 19.3 Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Park-Regelung für die in Marburg geplanten E-Roller

VO/1332/2023

Das Thema des Antrages wurde bereits in der Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Tourismus und digitale Transformation am 03.05.2023 erörtert. In der Sitzung des Bau- und Mobilitätsausschusses am 15.06.2023 wurde daher die Verwaltung gebeten, dass KiJuPa über den aktuellen Sachstand und die mit dem Verleiher getroffenen Vereinbarungen zum Parken der E-Roller zu informieren.

Der Vorsitzende des KiJuPa, Lasse Wenzel, zieht deshalb den Antrag am Ende des Berichts unter TOP 4 zurück.

zu 20 Anträge der Fraktionen

zu 20.1 Antrag der CDU/FDP/BfM-Fraktion betr. Mülleimer am Garten des Gedenkens

VO/1166/2023

Für den Umweltausschuss berichtet der Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Walz. Der Antrag wurde im Ausschuss mit Zustimmung der Antragstellerin geändert. Dem Antrag in der geänderten Fassung empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Annahme.

Der stellv. Stadtverordnetenvorsteher Büchner stellt den Antrag in der geänderten Fassung zur Abstimmung und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Beschluss:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird gebeten, im Dezember 2023 darüber zu berichten, wie sich die Abfallsituation in unmittelbarer Nähe zu den Sitzgelegenheiten am Garten des Gedenkens im Laufe des Jahres 2023 ohne Aufstellung eines zusätzlichen Abfallbehälters auf Grund der Erhöhung der Reinigungsintervalle entwickelt hat.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 20.2 Antrag der CDU/FDP/BfM-Fraktion betr.: Gezielte Sanierung und
Energieeinsparung
durch Schaffung einer Wärmekarte von Marburg
VO/1284/2023**

Der Antrag ist im Umweltausschuss vorberaten worden. Es berichtet der Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Walz. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich, den Antrag abzulehnen.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt der Ausschussempfehlung und beschließt:

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: CDU/FDP/BfM, AfD, Piratenpartei, StV. Göttling
Nein-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg
Enthaltungen: Marburger Linke

**zu 20.3 Berichtsantrag des Stadtverordneten Göttling betr. Schutz der Lahn-
auen beim sogenannten Hafenfest
VO/1287/2023**

Beschluss:

Der Magistrat möge berichten:

1. Wie wird beim in der nächsten Woche stattfindenden sog. Hafenfest in den Lahnauen, der Umwelt- und Naturschutz gewährleistet?
2. Warum können Autodrome und Karusells nicht an geeigneten Plätzen außerhalb der Lahnauen aufgebaut werden?

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 20.4 Prüfantrag der Fraktionen von B90/Die Grünen, SPD und Klimaliste
Marburg betr. Zweirad- Überholverbot**

VO/1305/2023

Zu dem Antrag ist Aussprache durch die CDU/FDP/BfM-Fraktion angemeldet, die jedoch aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr durchgeführt wird. Die Antragsteller bitten deshalb über den Antrag abzustimmen.

Für den Bau- und Mobilitätsausschuss berichtet der Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Heck. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich, den Antrag anzunehmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt nach Aufruf durch den Sitzungsleiter:

Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten zu überprüfen, inwieweit es im Stadtgebiet Bereiche gibt, in denen die Aufstellung von sogenannten Zweiradüberhol-Verbotsschildern (Verkehrszeichen 277.1) die Sicherheit von Zweiradfahrer*innen (StVO-gerecht) erhöhen könnte.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg, StV. Göttling
Nein-Stimmen: CDU/FDP/BfM, AfD
Enthaltungen: Piratenpartei

zu 20.5 Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Klimaliste betr.: "Marburg teilt Fahrten – RideSharing oder RidePooling Angebote nach Marburg einführen oder holen"

VO/1308/2023

Zu dem Antrag ist Aussprache in Form eines Setzpunktes durch die Fraktion B90/Die Grünen angemeldet, die jedoch aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr durchgeführt wird. Der Antrag wird deshalb auf Wunsch der antragstellenden Fraktionen bis zur nächsten Sitzung vertagt.

**zu 20.6 Antrag der Fraktionen Klimaliste Marburg, Bündnis 90/Die Grünen
und SPD betr.: Allmende Marburg
VO/1322/2023**

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Walz. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich die Annahme des Antrages.

Dem folgt die Stadtverordnetenversammlung und beschließt:

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept für eine Allmende Marburg zu erarbeiten.

Unter Allmende ist eine funktionale, kommunale Nahversorgungsinfrastruktur für landwirtschaftliche Produkte zu verstehen, die auch einen Teilhabecharakter im Sinne der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) mitbringt. Ziele der Nahversorgungsinfrastruktur sind die Erhöhung der regionalen Selbstversorgung mit Lebensmitteln, kurze Transportwege, aufbauender Umgang mit dem Boden und Förderung der Biodiversität und Klimaanpassung der Umgebung, sowie die Nutzung städtischer Flächen in diesem Sinne. Insbesondere der Umgang und die Nutzung der stadteigenen Flächen im Sinne einer städtischen Allmendeinfrastruktur soll beleuchtet werden. Die Vergabekriterien für eine umfassende Konzepterarbeitung sollen so gestaltet werden, dass ein Planungs- bzw. Designbüro mit Bezug zu Permakulturdesign den Auftrag erhält, das in der Lage ist relevante Akteure, z.B. in den Bereichen Landwirtschaft und Lebensmittelversorgung und Verarbeitung, zu identifizieren und an der Erstellung des Konzeptes zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg, Piratenpartei,
StV. Götting
Nein-Stimmen: CDU/FDP/BfM
Enthaltungen: AfD

**zu 20.7 Antrag des Stadtverordneten Götting betr. Klimaschutz ist kein Verbrechen
VO/1334/2023**

Zu dem Antrag ist Aussprache durch die CDU/FDP/BfM-Fraktion angemeldet, die aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr durchgeführt wird. Der Antrag wird auf Wunsch des Antragstel-

lers auf die nächste Sitzung vertagt.

zu 20.8 Antrag der CDU/FDP/BfM-Fraktion betr. Informationen zu MoVe 35

VO/1337/2023

Der TOP wird gemeinsam mit TOP 18.2 aufgerufen.

Für den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss berichtet der stellv. Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Schmidt. Dem Ausschuss lag ein Änderungsantrag der Fraktionen von B90/Die Grünen, SPD und Klimaliste Marburg vor, dem der Ausschuss mehrheitlich die Annahme empfiehlt. Dem Antrag in seiner Ursprungsfassung empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Ablehnung. Aussprache ist durch die CDU/FDP/BfM-Fraktion angemeldet.

Nach Aufruf der Aussprache durch den stellv. Stadtverordnetenvorsteher Büchner sprechen die Stadtverordneten Ramsaier, Seipp, Bauder-Wöhr, Steffen Rink, Schöniger, Pfalz und Oberbürgermeister Dr. Spies.

Im Anschluss fasst die Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlüsse:

Beschluss 1:

Der Antrag in seiner ursprünglichen Fassung wird abgelehnt.

Beschluss 2:

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt, dass der Magistrat, im Rahmen einer guten Kommunikation die Bürger*innen, die Beiräte und Ortsbeiräte über den Endbericht des Mobilitäts- und Verkehrskonzeptes 2035 (MoVe 35) mit verschiedenen Angeboten, z. B. einem Infomarkt, informieren wird. Die Information der Bürger*innen soll auch nach einer Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung fortgesetzt werden.

Abstimmungsergebnis zu Beschluss 1:

Ja-Stimmen: CDU/FDP/BfM, AfD, Piratenpartei

Nein-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg

Enthaltungen: StV. Göttling

Abstimmungsergebnis zu Beschluss 2:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg, Piratenpartei,
StV. Göttling

Nein-Stimmen: CDU/FDP/BfM
Enthaltungen: AfD

**zu 20.9 Antrag der Fraktionen von B90/Die Grünen, SPD und Klimaliste Marburg
betr. Marburg als Modellregion zur kontrollierten Abgabe von Cannabis
VO/1342/2023**

Zu dem Antrag, dem die Piratenpartei beigetreten ist, ist Aussprache durch die Fraktion B90/Die Grünen angemeldet, die aufgrund der fortgeschrittenen Zeit jedoch nicht mehr durchgeführt wird. Die Stadtverordnete Messik bittet deshalb den Antrag zur Abstimmung zu stellen.

Für den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss berichtet der stellv. Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Schmidt. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich, den Antrag anzunehmen.

Der stellv. Stadtverordnetenvorsteher Büchner ruft zur Abstimmung über den Antrag auf und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, sich als Modellregion zur kontrollierten Abgabe von Cannabis mit wissenschaftlicher Begleitung zu bewerben (Regionales Modellvorhaben mit kommerzieller Lieferketten).

Soweit möglich soll eine solche Bewerbung in Kooperation entweder mit dem Landkreis Marburg-Biedenkopf sowie eventuell anderen, benachbarten ländlichen Regionen, oder aber gemeinsam mit den Städten Frankfurt und Offenbach erfolgen, die ein solches Vorhaben ebenfalls verfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg, FDP,
Piratenpartei, StV. Götting
Nein-Stimmen: CDU, AfD
Enthaltungen: keine

**zu 20.10 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Barrierefreie Online-
Zugänge und Selbstbedienungsterminals
VO/1343/2023**

Für den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss berichtet der stellv. Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Schmidt. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich die Ablehnung des Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt nach Aufruf durch den Sitzungsleiter:

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: Marburger Linke, Piratenpartei, StV. Götting

Nein-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg, AfD

Enthaltungen: CDU/FDP/BfM

**zu Antrag der CDU/FDP/BfM-Fraktion betr. Rettungsdienste entlasten –
20.11 Bagatell-Einsätze reduzieren**

VO/1349/2023

Der Antrag wurde im Ausschuss durch die Antragstellerin zurückgestellt.

zu 21 Kenntnisnahmen

zu 21.1 233. Vergleichende Prüfung "Haushaltsstruktur 2022: Sonderstatusstädte"

VO/1281/2023

Beschluss:

Der Schlussbericht des Präsidenten des Hessischen Rechnungshofes – Überörtliche Prüfung kommunaler Körperschaften – über die 233. Vergleichende Prüfung „Haushaltsstruktur 2022: Sonderstatusstädte“ wird zur Kenntnis genommen.

zu 21.2 DIFU-Projekt „Kreislaufstadt – Chancen für lokale und regionale Resilienz & Wertschöpfung. Beitrag und Rolle der kommunalen Wirtschaftsförderung

VO/1312/2023

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass sich die Universitätsstadt Marburg am DIFU-Projekt „Kreislaufstadt – Chancen für lokale und regionale Resilienz & Wertschöpfung. Beitrag und Rolle der kommunalen Wirtschaftsförderung“, beteiligt.

zu 21.3 Bericht zur Gründungsförderinfrastruktur in Marburg

VO/1321/2023

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Zusammenfassung der aktuellen, sehr vielfältigen Gründungsförderinfrastruktur und Gründer*innen-Szene in der Universitätsstadt Marburg zur Kenntnis.

zu 21.4 Genehmigung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans 2023

VO/1331/2023

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Genehmigung des Haushalts 2023 mit der Begleitverfügung des Regierungspräsidiums Gießen vom 19. Mai 2023 zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung abgearbeitet. Der stellv. Stadtverordnetenvorsteher Büchner dankt den Anwesenden für ihr Interesse und ihre Teilnahme und schließt die Sitzung um 22:14 Uhr.

Marburg, 28.06.2023

Vorsitz:

Protokoll:

Marco Nezi

Thorsten Büchner

Lothar Sprenger

Anlagen

Antworten auf die kleinen Anfragen Nr. 4 und 7

Kleine Anfrage Nr. 04

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Juni 2023

Fragesteller*in:	Jan Schalauske
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Kann ein Grüner Pfeil an der Kreuzung Friedrich-Ebert-Straße/Cappeler Straße für Radfahrer*innen eingerichtet werden, die von der Friedrich-Ebert-Straße in die Cappeler Straße rechts abbiegen wollen, um die Fahrradmobilität am unteren Richtsberg zu fördern?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 33 - Straßenverkehr
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Straßenverkehrsbehörde wird die Anordnung eines Grünpfeils nur für Radfahrer*innen gemeinsam mit Straßenbaulastträger und dem Regionalen Verkehrsdienst der Polizei und unter Beachtung der Verkehrssicherheit in der Kreuzung prüfen.

Die Prüfung kann aus Kapazitätsgründen aber erst im 3. Quartal 2023 erfolgen.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 07

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Juni 2023

Fragesteller*in:	Jan Schalauske
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Wie ist der Umsetzungsstand der von Bürgermeisterin Bernshausen in einem Elternbrief vom 17.04.2023 angekündigten einzelnen Maßnahmen zur Behebung der angespannten Personalsituation und der eingeschränkten Betreuungszeiten der städtischen KiTa „Auf der Weide“, die für Familien, Kinder und Beschäftigte mit erheblichen Belastungen verbunden sind?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 58 - Kinderbetreuung
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeisterin Nadine Bernshausen

Stellungnahme/Antwort:

Im Elternbrief vom 17.04.23 wurde ein umfangreiches Maßnahmenpaket vorgestellt. Die Maßnahmen hatten/haben zum Ziel, die Situation in der Einrichtung bis zum neuen Kita-Jahr ab September 23 zu stabilisieren.

Um die akute Situation zu entlasten, wurde zunächst eine Fachkraft aus einer anderen Einrichtung in die Kita "Auf der Weide" abgeordnet. Diese wird auch bis zum Ende des Kindergartenjahres dort bleiben und unterstützen. Zudem wurde die Einrichtung durch den Einsatz einer Werkstudentin unterstützt, um für möglichst stabile Personaleinsatzplanung sorgen zu können. Es wurde natürlich darauf geachtet, dass die Anforderungen des HKJGB eingehalten wurden.

Darüber hinaus wurde und wird die Einrichtung engmaschig und regelmäßig durch eine Fachberatung begleitet, die bei der Personalplanung beraten und begleitet hat. Ferner wurden bei organisatorischen Aufgaben vom Fachdienst teilweise Aufgaben übernommen.

Alle Maßnahmen finden in engem Austausch mit dem Team und in Abstimmung mit dem Elternbeirat der Einrichtung statt.

Personalsituation

Die Ausschreibung von drei Stellen war erfolgreich.

- Eine der drei Stellen wurde von einer in der Einrichtung bereits befristet beschäftigten Person als unbefristete Stelle übernommen und so ist es gelungen, bewährtes Personal in der Einrichtung halten zu können.

- Eine mit der Einrichtung bereits bekannte neue Kraft hat seit dem 15.06. eine der ausgeschriebenen Stellen übernommen. Im Oktober wird eine weitere Vollzeitstelle besetzt werden.
- Seit Anfang Juni ist eine Mitarbeiterin aus der Elternzeit zurückgekehrt.
- Die Mitarbeiterin, die ihren Renteneintritt ab September angekündigt hat, hat diesen zurückgezogen und kann weiter in der Einrichtung bleiben.
- Auch der Berufspraktikant wird nach Ablauf seines Praktikums für weitere 18 Monate von der Stadt Marburg als Fachkraft weiter beschäftigt (sog. Garantiejahr).
- Von den geplanten zwei Stellen für Berufspraktikant*innen/PivAs (Die praxisintegrierte vergütete Ausbildung ist eine andere Ausbildungsform, um Erzieher*in zu werden) im kommenden Kita-Jahr ab Sommer 2023 konnte bislang eine besetzt werden.
- Die geplanten Maßnahmen haben erfolgreich gegriffen und so zeigt der aktuelle Stand eine Personalausstattung, die inzwischen deutlich über den Mindestanforderungen liegt.

Um den Weg zur Stabilisierung weiter zu unterstützen, werden dem Team Ressourcen für ein Supervisionsangebot zur Verfügung gestellt.

Verwaltungsunterstützung

Die Stelle zur Verwaltungsunterstützung wurde ausgeschrieben, die Bewerbungslage ist gut und Auswahlgespräche finden am 29.06. statt. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Kita "Auf der Weide" zeitnah von einer Verwaltungsunterstützung profitieren kann.

Öffnungszeit

Bis zum 29. Mai musste eine verkürzte Öffnungszeit von 7:30 Uhr bis 15:30 Uhr festgelegt werden. Danach konnte die Öffnungszeit der Einrichtung bis 30.6. von 07:30 Uhr bis 16:00 Uhr erweitert werden. Die Entwicklung der Personalsituation lässt es nun zu, schrittweise zu den normalen Öffnungszeiten zurückzusteuern. Von 01.07. bis zu den Sommerschlusszeiten am 14.08. kann die Öffnungszeit bereits bis 16:30 Uhr verlängert werden, nach den Ferien kehrt die Einrichtung zu den normalen Öffnungszeiten bis 17.00 Uhr zurück.

Leitungssituation

Die langjährige und erfahrene Leitungskraft befindet sich noch im Krankenstand, die Aufgaben werden von ihrer Stellvertretung (mit Unterstützung des Fachdienstes) wahrgenommen. Es finden Perspektivgespräche mit den Leitungspersonen statt, die dazu dienen sollen, die Personalsituation in der Einrichtung langfristig gut aufzustellen.

Insgesamt ist daher erfreulicherweise davon auszugehen, dass die Situation ab dem neuen Kindergartenjahr wieder eine stabile Personalsituation abbildet und damit die gewohnte Dienstleistungsqualität für Eltern erreicht werden kann. Der Leitung, dem ganzen Team, der Elternschaft, dem Elternbeirat und unserem Fachdienst ist für die Kooperation und der Lösungssuche sehr zu danken.

Nadine Bernshausen
Bürgermeisterin